

Informationsdienst des CGB

INTERN
Ausgabe Nr. 4/2011

Der Bundesvorsitzende hat das Wort:

Ganzheitliche Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik schafft Vertrauen.

Deutschland ist seit dem Ausbruch der Weltwirtschafts- und Finanzkrise ein Jobwunder gelungen. Wie schon im Jahr 2010, so auch 2011, kann mit einem Wirtschaftswachstum von annähernd 3 Prozent gerechnet werden. Dies bedeutet Abbau der Arbeitslosigkeit und erstmals in der Geschichte Deutschlands werden wir über 40 Millionen versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse erreichen. Das heißt aber auch, dass in die Sozialkassen mehr Geld fließt. So kann man durchaus feststellen, dass die Bundesregierung, Gewerkschaften und Wirtschaft beim Ausbruch der Wirtschaft- und Finanzkrise die richtigen Entscheidungen getroffen haben.

Die abnehmende Tarifbindung, die überhand nehmende Befristung von Arbeitsverträgen und die Ausweitung des Niedriglohnssektors haben aber die Arbeitswelt schon vor der Krise verändert. Es sind in einigen Branchen Arbeitsbedingungen vorzufinden, die den Arbeitnehmern ihrer Würde berauben. Nicht nur in der viel gescholtenen Leiharbeit, die eigentlich als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt gedacht war, sondern auch für Beschäftigte im Friseurhandwerk sowie im Einzelhandel. Diese Liste wäre beliebig ausbaubar.

Unsere Forderungen sind deshalb:

- Arbeitsverträge dürfen nur noch bei Vorlagen eines sachlichen Grundes befristet werden,
- die Dauer der Überlassung eines Leiharbeitnehmers an einen Entleiher muss auf eine kurze Zeit begrenzt werden,
- der Anteil der Leiharbeiter an der Belegschaft eines Betriebes sollte nur noch durch Zustimmung des Betriebsrates genehmigt werden,
- dem Leiharbeiter muss nach 3 Monaten Betriebszugehörigkeit der gleiche Bruttolohn zustehen wie dem Stammpersonal und
- im Arbeitnehmerentendegesetz ist eine Lohnuntergrenze festzusetzen.

Ein anderes Thema ist die Stabilität des Euro. Trotz der positiven Signale von den Exportmärkten bei uns, hat die Krise ihre Spuren in der Euro-Zone hinterlassen. Die Stabilität des Euro ist oberstes Gebot und die Zuwendungen von den starken Ländern in der EU an die kränkelnden Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal, haben ihre Grenzen erreicht. Die Menschen fragen sich zu recht: Wie teuer wird der Euro für uns? Und wer hilft uns, wenn wir nicht mehr zahlen können? Die einheitliche Währung „Euro“ unter den EU-Mitgliedsstaaten war gedacht als Klammer für Europa und darf sich daher nicht zum Sprengsatz entwickeln. Jedes Land muss für sich dafür sorgen, dass die Stabilitätskriterien – einst angeregt und zukunftsweisend vom ehemaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel eingeführt – eingehalten werden. Wer hier zündelt, der versündigt sich an der Zukunft seines Landes, der Europäischen Gemeinschaft und überreizt die Solidarität aller Mitgliedsländer. Ein starker Euro, verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik eines jeden, schafft Vertrauen untereinander und in der Welt.

Ihr Matthäus Strebl



Matthäus Strebl

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

GEWERKSCHAFTSNACHRICHTEN

Chancengleichheit für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt, Kompatibilität von Arbeit und Familienleben - WOW Seminar in Berlin -

Am 07. und 08. April 2011 veranstaltete die Weltorganisation der Arbeitnehmer (WOW - World Organization of Workers) ein Europaseminar in Kooperation mit dem Europäischen Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA). Die Organisation des Seminars wurde vom CGB in Berlin übernommen. Das von der europäischen Kommission geförderte Seminar widmete sich dem Thema „**Chancengleichheit für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt, Kompatibilität von Arbeit und Familienleben**“.



Tagungsteilnehmer WOW Seminar in Berlin

Roel Rotshuizen, Präsident der Weltorganisation der Arbeitnehmer, konnte anlässlich des zweitägigen Seminars in Berlin mehr als 60 Gewerkschafter aus 13 europäischen Staaten begrüßen. Im Mittelpunkt der Tagung stand die **Verbesserung der Balance zwischen Arbeit, Familie und Freizeit**, die innerhalb der christlichen Gewerkschaften in der EU ein zentrales Thema ist. Vor allem durch den demografischen Wandel werden immer mehr gut ausgebildete Frauen in allen Berufssparten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das ändert die alt hergebrachten Familienstrukturen, die immer noch in den der klassischen Familienteilung mit dem Mann als Ernährer der Familie und der Frau als Verwalterin des Haushaltes verwurzelt ist.

Die Diskussion im Rahmen des Seminars hat gezeigt, dass erfreulicherweise gerade die traditionelle Aufteilung im Wandel ist. Umso wichtiger ist es, auch in Deutschland einen modus vivendi zu finden, der einen guten Ausgleich zwischen Arbeit, Familie und Freizeit ermöglicht. Dies wirkt

vor allem dem immer stärker um sich greifenden burn out Syndrom und anderen „Zivilisationskrankheiten“ entgegen.

Den Blick auf die Veränderungen in Deutschland angesichts des demographischen Wandels richtete der stellvertretende Bundesvorsitzende der **DHV - Die Berufsgewerkschaft e.V. Henning Röders**. Er stellte tarifvertragliche Modelle vor, mit denen die gegenwärtigen zentralen Herausforderungen in der Altersvorsorgepolitik bewältigt werden können. Dies sind z.B. tarifvertragliche Lösungen für alternsgerechte und altersgerechte Arbeitsplätze, intelligente Modelle zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit im Alter (wie Lebensarbeitszeitkonten oder Altersteilzeitverträge), Regelungen zur Qualifizierung und Weiterbildung älterer Arbeitnehmer/innen aber auch tarifliche oder betriebliche Regelungen zur Ergänzung der staatlichen Altersvorsorge (wie z.B. Demografiefonds).

Von besonderem Interesse für die internationale Delegation von christlichen Gewerkschaftern war die Besichtigung des Unternehmens **BIOTRONIK**, die sich in der Herstellung von Herzschrittmachern und anderem medizinischen Equipment weltweit einen Namen gemacht hat. Ermöglicht wurde die Besichtigung durch die Kolleginnen und Kollegen der **Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM)**, die im Unternehmen den Betriebsrat stellen. Ein Höhepunkt der Betriebsbesichtigung war die Diskussion mit dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden, Herrn Rogat zum Thema Arbeitsorganisation bei BIOTRONIK. Herr Rogat führte aus, dass das Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zwar nicht weniger von Problemen geprägt ist, als bei anderen Unternehmen, Lösungen aber im gegenseitigen Respekt und im Dialog zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung gefunden werden. Der CGB bedankt sich an dieser Stelle nochmals herzlich für die interessanten Einblicke und Diskussionen.



Henning Röders,
stellv. DHV Bundesvorsitzender

Auf Einladung des CGB konnte die WOW **Herrn Peter Weiß, MdB**, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, als Ehrengast zum Abendessen begrüßen. In seiner Ansprache an

die internationalen Tagungsteilnehmer machte Herr Weiß deutlich, dass Frauen und auch Männer, die Zeit für familiäre Verantwortung und faire Chancen auf Karriere haben wollen, vor allem Partner brauchen, in der Familie, aber auch in der Arbeitswelt. Sie brauchen Mütter und Väter, so Weiß, die sich gemeinsam um Kinder und Haushalt kümmern, Arbeitgeber, die familiäre Verantwortung nicht als Handicap sehen und Gewerkschaften, die spezielle Interessen der Arbeitnehmer mit Familien durchsetzen.

Fazit: Die Implementierung der Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf ist ein ständiger Prozess, nicht ein Ereignis. Trotz richtiger Weichenstellungen gibt es in Deutschland weiterhin erheblichen Handlungsbedarf. Mit den richtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und mit Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte kann eine positive Entwicklung erreicht werden.

Anne Kiesow, CGB; Christian Hertzog, CGB

* * * *

CGM fordert bessere Bedingungen für Auszubildende

Firmen sollten angesichts des Fachkräftemangels umdenken

Stuttgart, 15.04.2011. Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) fordert die Unternehmen in Deutschland auf, Auszubildende besser zu entlohnen und sie nach der Lehre möglichst unbefristet zu übernehmen. „Eine Firma, die unzureichend ausbildet und ihren Nachwuchs schlecht behandelt, darf sich nicht wundern, wenn sie keine Fachkräfte findet“, so der CGM-Bundesvorsitzende Adalbert Ewen.



Die CGM bittet die Arbeitgeber schon seit langem im Rahmen von Betriebsversammlungen, Tarifverhandlungen und anderen Gesprächen intensiv darum, sowohl quantitativ als auch qualitativ mehr in den Ausbildungsbereich zu investieren. „Wer nicht oder schlecht ausbildet, darf sich über den Fachkräftemangel von heute und morgen nicht beklagen“, so Ewen wörtlich. Man könne außerdem keine Fachkräfte auf Dauer an die Firma binden, wenn man Auszubildende nach der Lehre von einem befristeten Arbeitsverhältnis in das nächste schiebt. „Schon aus eigenem Interesse sollten Arbeitgeber gut überlegen, wie sie mit Nachwuchskräften umgehen – sie sind sonst schneller weg als ihnen lieb ist“, warnt Ewen.

In den letzten Jahren haben viele Firmen kontinuierlich ihre Ausbildungsplätze reduziert. Die CGM weist schon seit vielen Jahren darauf hin, dass es aufgrund des demografischen Wandels zu einem Fachkräftemangel kommt und dass es daher nicht ratsam sei, im Ausbildungsbereich zu sparen. „Wer bei den Auszubildenden spart, spart eindeutig an der falschen Stelle. Die Firmen, die in den letzten Jahren in die Jugend investiert haben, haben heute kaum ein Problem damit, genügend Fachkräfte zu finden. Wir fordern die Unternehmen dazu auf, endlich die Zeichen der Zeit zu erkennen und Auszubildende nach der Lehre unbefristet zu übernehmen“, so der CGM Bundesvorsitzende abschließend.

PM der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) vom 15.04.2011

* * * *

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen:



Gemeinschaftsschule – ohne gesetzliche Grundlage

Kommunen im Sauerland klagten erfolgreich gegen ungesicherten Schulversuch

Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) begrüßt das Vorgehen der beiden Kommunen Attendorn und Lennestadt, die gegen die Einrichtung der Finntroper Gemeinschaftsschule geklagt haben. Die Richter hatten der Klage stattgegeben. Der Schulversuch wurde nun gestoppt.

„Das zeigt, dass die Landesregierung mit allen Mitteln ihre Einheitsschule durchdrücken möchte – ohne Rücksicht auf die Kinder, die Lehrer, die Eltern, ja ganze Kommunen“, so die VkdL-Bundesvorsitzende Roswitha Fischer. Interessant ist, dass die Richter in ihrer Urteilsbegründung eben jene Befürchtung bestätigten, die der VkdL und das „Aktionsbündnis Schule“ schon lange gegenüber Medien und Öffentlichkeit geäußert hatten: „dass es sich bei den Gemeinschaftsschulen in NRW nicht mehr um einen Schulversuch handele“, vielmehr gehe es um die „systematische Einführung einer neuen Schulform“, für die eine gesetzliche Grundlage fehlt.

Mit der Klage der sauerländischen Kommunen ist Bewegung in die Diskussion um die Gemeinschaftsschule gekommen. Der VkdL hofft, dass nun noch mehr Betroffene „wach werden“ und ihre Euphorie für die komplette Umstrukturierung des bewährten Schulsystems überdenken. Kleinere Klassen und eine Profilschärfung der bestehenden Schulformen – das müsste das Gebot der Stunde sein und nicht die Bildung großer Systeme, die nur Anonymität verbreiten.

Seit Jahren setzt sich der VkdL für eine Schulpolitik ein, die sich in der Sacharbeit den besonderen Begabungen und dem Leistungspotential der einzelnen Schülerinnen und Schüler verpflichtet fühlt.

PM des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)/ Essen vom 12. April 2011

.....

SOZIALWAHLEN



Deutsche Rentenversicherung Bund – Liste 14 wählen!

Der **Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands – CGB** ist eine gewerkschaftliche Spitzenorganisation von sechzehn Gewerkschaften in Deutschland. Er vertritt die Interessen von knapp 280.000 Beschäftigten in der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst. Die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen, die den Grundprinzipien einer christlich-sozialen Ordnungspolitik folgen, ist aus unserer Sicht nur in selbständigen und unabhängigen Gewerkschaften möglich.



Der CGB steht für Gewerkschaftsvielfalt und lehnt monopolistische Einheitsorganisationen ab.

Unsere Ziele:

- Wir setzen uns für eine leistungsgerechte, lohn- und beitragsbezogene gesetzliche Rente ein.
- Wir bekennen uns zur Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung. Sie bietet Schutz vor willkürlichen politischen Entscheidungen des Gesetzgebers.
- Die Deutsche Rentenversicherung darf nicht für sozialpolitische Wünsche aufkommen, die nicht durch Versichertenbeiträge gedeckt sind. Diese müssen steuerfinanziert werden.
- Der CGB fordert eine abschlagsfreie gesetzliche Altersrente auch vor dem 65. Lebensjahr, wenn der Versicherte 45 Beitragsjahre erreicht hat.



**Spitzenkandidat:
Hans Rudolf Folz**

Zur Interessenvertretung der Beschäftigten und Rentner in den Mitgliedsgewerkschaften gehört **aktive Teilhabe an der Selbstverwaltung** der gesetzlichen Sozialversicherung, besonders der Deutschen Rentenversicherung.

DAK – Liste 6 wählen!



Wir treten auf der Liste der **DHV – Die Berufsgewerkschaft e.V.** an. Die DHV ist seit Jahrzehnten Tarifpartnerin der DAK.

Die Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre haben kaum Verbesserungen gebracht, sondern im Gegenteil neue Probleme geschaffen. Der Gesundheitsfonds ist eine bürokratische Fehlkonstruktion, deren Folgen Sie als DAK-Versicherte mit höheren Zusatzbeiträgen und die DAK mit Einschränkungen in ihrer Organisationsfreiheit ausbaden müssen.

Wir fordern die Rückkehr zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung und setzen uns für die Rückübertragung der Beitragsfestsetzung auf den Verwaltungsrat der DAK ein. Mit der DHV als starken gewerkschaftlichen Partner werden wir diese Forderungen im Verwaltungsrat und gegenüber der Politik deutlich artikulieren!



Unsere Spitzenkandidatin:
Angelika Thies



Wir fordern effiziente Verwaltungsstrukturen, welche die wirtschaftliche und finanzielle Handlungsfähigkeit der DAK sicherstellen und Ihnen weiterhin eine gute Servicequalität bieten!



Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Erhöhung der Sitzungsgelder der Verwaltungsratsmitglieder wieder rückgängig gemacht wird und der Verwaltungsrat mit Augenmaß seine Ausgaben bestreitet!



Das gute Niveau des freiwilligen Leistungsspektrums soll weiter gewährleistet werden.

BARMER GEK - Liste 8 wählen!

Die Christliche Gewerkschaft Metall kandidiert bei der Barmer GEK stellvertretend für die sechzehn Gewerkschaften unter dem Dach des CGB.



Unser Spitzenkandidat:



Mit Barthélémy Lemal als Spitzenkandidat unserer Liste kandidiert ein engagierter und kompetenter christlicher Gewerkschafter. Er bringt viele Voraussetzungen für die verantwortungsvolle Tätigkeit im Verwaltungsrat mit. Seit vielen Jahren ist er Betriebsrat bei dem saarländischen Stahlerzeuger Dillinger Hütte. Er gehört dem geschäftsführenden Hauptvorstand der Christlichen Gewerkschaft Metall an. Mit ihm an der Spitze versprechen wir Ihnen eine kritische, konstruktive Begleitung der Entwicklung Ihrer Krankenkasse für die nächsten sechs Jahre!

Die Philosophie der CGM ist, dass die CGM-Vertreter in den Gremien der Barmer GEK in eigener Verantwortung im Sinne derjenigen handeln, die ihnen den Auftrag für ihre Arbeit gegeben haben. Die CGM redet den Vertretern nicht in ihre Arbeit hinein. Sie bietet ihnen aber eine starke gewerkschaftliche Unterstützung an. **Die CGM-Philosophie ist auch**

unsere Philosophie! Wir werden uns ausschließlich für Ihre Interessen einsetzen. Dabei haben wir die Unterstützung der CGM, einer bei der Barmer GEK seit Jahrzehnten etablierten und mit ihr eng verbundenen Gewerkschaft.

Unsere Ziele:

- Wir setzen uns für die Rückübertragung der Beitragsfestsetzung auf den Verwaltungsrat der BARMER GEK ein.
- Das gute Niveau des freiwilligen Leistungsspektrums soll weiter gewährleistet werden!
- Unter Nutzung des medizinischen Fortschritts ist alles zu ermöglichen, was Krankheiten vorbeugen und heilen kann.
- Wir wünschen einen wirksamen Wettbewerb im Gesundheitsmarkt, damit Qualität und Fortschritt bezahlbar bleiben.

Techniker Krankenkasse – Liste 4 wählen!

Wir sind der **VDT – Verband Deutscher Techniker**. Seit 1962 engagieren wir uns in der ehrenamtlichen Selbstverwaltung der **TK** für die Interessen aller Versicherten.

Unsere Ziele:

- Unter Nutzung des medizinischen Fortschritts alles zu ermöglichen, was Krankheiten vorbeugen und heilen kann
- Ein wirksamer Wettbewerb im Gesundheitsmarkt, damit dort Qualität und Fortschritt bezahlbar bleiben
- Die Pflegeversicherung soll paritätisch und solidarisch finanziert werden, unabhängig von Alter, und Vorerkrankungen
- Die Entlastung von versicherungsfremden Leistungen
- Abwehr staatlicher Bevormundung
- Bewahrung der **TK** Solidar-Gemeinschaft
- Aktiv im Interesse der Versicherten.

Im Vergleich der europäischen Sozialversicherungssysteme ist der deutsche Weg geprägt durch Staatsferne, durch Wahlrechte des Versicherten und finanzielle Autonomie der Kostenträger. **Der Schlüssel dazu ist die Trägerverwaltung durch Selbstverwaltung!**



Tritt mehr Staat an die Stelle der Selbstverwaltung, so passen wir uns strukturell wie qualitativ an ausländische Systeme an, deren Versorgungsniveau sich von dem unseren negativ unterscheidet. Weder „Privatisierung“ noch „Verstaatlichung“ konnten – dort wo praktiziert – auch nur ein klassisches Nachhaltigkeitsproblem eines sozialen Gesundheitssystems lösen. **Der goldene Mittelweg liegt in einem selbstverwalteten Modell mit hinreichender Handlungsfähigkeit!** Die Verbindung von Teilhabegebot am medizinischen Fortschritt und Zugang zu bestmöglicher Versorgung, unabhängig von eigenem Wohlstand, ist eine **kulturelle Errungenschaft** und **stabilisiert unsere Demokratie**, auch und gerade in unübersichtlichen Zeiten.

Nutzen Sie Ihre Chance und geben Sie uns, den Vertretern **Ihrer Interessen**, die demokratische **Legitimation**.

.....

NACHRUF

Trauer um den Bundesvorsitzenden Jürgen Ambrosius

Der plötzliche und unerwartete Tod des neu gewählten Bundesvorsitzenden Jürgen Ambrosius am 29. März 2011 hat die Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (CGDE) schwer getroffen.



Jürgen Ambrosius wurde am 17. Januar 1940 geboren. Als junger Mann wurde er bei der Deutschen Bundesbahn im Ausbesserungswerk Burbach im Saarland zum Schlosser ausgebildet. Bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand war er dort als Vorarbeiter tätig. Er setzte sich engagiert für die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner ein. Am 1.03.1973 wurde er Mitglied der CGDE. Er besaß das ganze Vertrauen seiner Kollegen, die ihn immer wieder zum örtlichen Personalrat der AW Saarbrücken-Burbach wählten. Lange Jahre war Ambrosius Vertreter der CGDE in der Vertreterversammlung der Bahn- Betriebskrankenkasse der Deutschen Bundesbahn. Auch in der Tarifgemeinschaft der Eisenbahner „CGDE – GDL – GDBA“ hatte er die CGDE als stellvertretender Geschäftsführer engagiert vertreten. In dieser Position hatte er auch bei den schwierigen Verhandlungen zur Bahnreform mitgearbeitet.

Seine aktive Mitarbeit und sein Einsatz für die Kollegen der CGDE führten ihn über die Ämter im Ortsverband bald hinaus. Er wurde in den Vorstand des Bezirksverbandes Saarland der CGDE berufen. Am 29.05.1998 wurde er zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Bereits seit 1986 war Ambrosius als Beisitzer im Bundesvorstand der CGDE tätig. 2003 wurde er zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CGDE und Geschäftsführer der Bundesgeschäftsstelle der CGDE in Saarbrücken gewählt. Am 23. Februar 2011 wurde der Bezirksvorsitzende der CGDE des Saarlandes Jürgen Ambrosius auf dem Bundesgewerkschaftstag einstimmig zum neuen Bundesvorsitzenden der CGDE gekürt. Die Teilnehmer der Tagung spendeten dem Gewählten großen Beifall für sein geplantes Engagement in ihrer Gewerkschaft. Sie wussten, dass sie eine gute Wahl getroffen hatten.

Für seine großen Verdienste, seinen Einsatz und seine Treue erhielt er die höchste Auszeichnung der CGDE: das Goldene Ehrenzeichen mit Urkunde. Als Mitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) vertrat er die christlichen Eisenbahnerinnen und Eisenbahner im politischen Raum. In seiner Freizeit pflegte er seine Leidenschaft für das Fliegen. Jürgen Ambrosius war verheiratet und hinterlässt eine Tochter und einen Sohn. Seine Frau starb bereits Ende 2010 an einem schweren Leiden.

Der Tod unseres lieben Freundes und Kollegen Jürgen Ambrosius hinterlässt eine große Lücke in der CGDE. In Erinnerung an ihn und an sein Wirken wollen wir in seinem Sinne erfolgreich weiterarbeiten.

Wir danken Jürgen Ambrosius für alles, was er für uns und die CGDE geleistet hat. Wir werden ihn stets in bester Erinnerung behalten! Wir danken ihm für sein Engagement und werden ihm stets ehrend gedenken.

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Layout: Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.